



Stiftung
Asienhaus

Blick Wechsel



Hongkong und seine Identitäten

von Vivienne Chow

Dezember 2019

Seit dem Sommer 2019 ereignen sich in Hongkong die schwersten Bürgeraufstände nach den linken Unruhen von 1967. Mit dem Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die wachsende Kontrolle Pekings stellt sich die ehemalige britische Kronkolonie gegen eines der stärksten autoritären Regime überhaupt und bringt eine erneuerte Identität der Stadt zu Tage. Diese könnte sich als Zeichen für die eigentliche Dekolonialisierung Hongkongs erweisen.

In der Nacht zum Mondfest, am 13. September 2019 wanderten hunderte, wenn nicht tausende Hongkonger*innen zum *Lion Rock* (Löwenfelsen). Traditionell kommen chinesische Familien an diesem Fest unter dem Vollmond zusammen, einem Symbol für familiäre Einheit. Das diesjährige Mondfest war gleichwohl für die Hongkonger Bürger*innen ein besonderes. Anstelle eines feierlichen Abendessens zu Hause oder in einem Restaurant wanderten die Menschen auf den die Halbinsel Kowloon überragenden *Lion Rock*, im Gepäck Laserpointer, die neonfarbenen Leuchtbuchstaben „FREE HK“ und einen Banner mit der Aufschrift „Wir wollen allgemeine und

freie Wahlen.“ Sie bildeten eine Menschenkette, riefen den Slogan: „Gewinnt Hongkong zurück, dies ist unsere Revolution“ und sangen das Lied „Glory to Hong Kong“ (Zum Ruhme Hongkongs). Dieses Lied wurde von einem anonymen Komponisten zusammen mit Netizens geschrieben und ist nun die inoffizielle Hymne der Stadt.

Initialzündung für die pro-demokratische Bewegung waren Proteste gegen ein kontroverses Auslieferungsgesetz. In den vergangenen drei Monaten hat Hongkong die größte politische Krise seit den linken Aufständen von 1967 durchlebt. Die friedlichen Demonstrationen wurden



Demonstrationen in Hongkong legen die Millionenmetropole lahm (Foto: Vivienne Chow)

unter anderem durch den exzessiven Einsatz von Polizeigewalt und durch das Vorgehen pro-chinesischer Patriot*innen gezielt in gewaltsame Ausschreitungen überführt. Schwarz gekleidete, verummte Protestierende reagierten mit Vandalismus und Angriffen, die ihrerseits zu mehr als 1500 Verhaftungen und zahllosen Verletzten führten. Diese Ereignisse haben die Hongkonger stärker denn je zueinander geführt. Dass die Hongkonger Regierung die Stimme des Volkes weiterhin zu unterdrücken versucht, hat die Menschen noch lauter und deutlicher in ihren Meinungsäußerungen werden lassen.

Inmitten von Chaos und Verzweiflung ist die Zivilgesellschaft erwacht und zu einem tieferen Verständnis ihrer selbst gekommen. Für die Hongkonger Gesellschaft ist die Stadt wesentlich mehr als ein internationaler Finanzplatz und

ein Tor nach China. Sie ist auch nicht länger ein „geliehener Ort mit geliehener Zeitrechnung“, wie Richard Hughes 1976 in seinem gleichnamigen Buch: *Hong Kong, Borrowed Place – Borrowed Time* schrieb. Über den letzten Sommer hinweg hat sich ein bisher so nichtexistierendes Zugehörigkeitsgefühl entwickelt. Die Menschen streben nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Die Sehnsucht danach hat sie zusammengeschweißt. Als diejenigen, die sich hervorwagten, die Stadt mit ihren Laserpointern illuminierten, wurde ein neuer „Lion Rock-Geist“ geschaffen. Mit dem Lied der Bewegung knüpften sie auf dem Gipfel des *Lion Rock* an die Suche nach einer eigenen Hongkonger Identität an, von der die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts geprägt waren. Für Hongkong hat damit eine Phase der Dekolonialisierung begonnen, die andauern könnte und seit langem überfällig ist.

Dieser *Blickwechsel* gibt vor dem Hintergrund des wachsenden Integrationsanspruchs der VR China einen Überblick darüber, wie die Proteste begannen. Er informiert darüber, wie Resilienz und Kreativität der Hongkonger Zivilgesellschaft in dieser andauernden Auseinandersetzung mit Peking die Bewegung von einem lokalen politischen Zwischenfall auf die Ebene einer internationalen diplomatischen Krise befördert haben. Während China als ökonomische Antriebskraft an Bedeutung gewinnt und weltweit Einfluss ausübt, hat die Situation in Hongkong der US-dominierten westlichen Welt Munition geliefert, um sich auf internationalem diplomatischen Parkett gegen Chinas Politik zur Wehr zu setzen.

Es begann mit „Keine Auslieferung an China“

Am Samstag, den 9. Juni 2019, nur drei Tage vor der geplanten zweiten Lesung, gingen mehr als eine Million Hongkonger*innen auf die Straße, um gegen das Auslieferungsgesetz zu protestieren. Sie sangen Slogans wie „keine Auslieferung an China“ und spielten unter Zuhilfenahme gleichklingender Wörter im Hochchinesischen und im Kantonesischen mit verschiedenen Bezeichnungen für die Bewegung: Der hochchinesische Ausdruck „Nicht-Auslieferung an China“ (反送中) kann auf Kantonesisch auch als „Trauermarsch“/„Begleitung auf dem letzten Weg“ (送終) verstanden werden. Die Straßen der geschäftigsten Viertel auf *Hongkong Island* waren mit endlosen Menschenmassen gefüllt. Es ging friedlich und geordnet zu, keine einzige Person wurde verletzt und nichts ging zu Bruch. Die Stimmung war beinahe magisch.

Der große Zustrom – es handelte sich um die größten Demonstrationen, die Hongkong seit den Protesten gegen das Tiananmen Massaker 1989 erlebt hat – überraschte viele. Seit dem Scheitern der 79 Tage andauernden, pro-demokratischen Regenschirmbewegung 2014 haben soziale Bewegungen in Hongkong düstere Zeiten durchlebt. Große, friedliche Demonstrationen, für die die Stadt bekannt ist, sind eine Seltenheit geworden. Eine kleine Gruppe radikaler Protestler*innen hatte zuletzt 2016 die sogenannte „fishball revolution“ (dt. „Fischbällchenrevolution“) initiiert, die allerdings am Ende unterdrückt wurde. Einige der Anführer*innen wurden inhaftiert. Umgeben von einer Aura des Scheiterns erhielten Aufrufe zu politischem Engagement weniger öffentliche Unterstützung.

2018 sollen nur 50.000 Personen an der jährlichen Demonstration am 1. Juli teilgenommen haben, die an die Übergabe Hongkongs von Großbritannien an China erinnert. Die Polizei zählte maximal 9.800 Teilnehmer*innen, womit nach einem [BBC-Bericht](#) die niedrigsten Protestierendenzahlen seit langem vermeldet wurden.

Die halbherzigen Reaktionen der Öffentlichkeit bei politisch sensiblen Fragen setzten sich fort, als im Frühjahr 2019 das Auslieferungsgesetz erstmals zum Thema wurde. Im Februar brachte die Regierung die „(Novelle zum) Gesetz über flüchtige Straftäter und gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen“ ein, kurz „Auslieferungsgesetz“ genannt. Dies geschah, um [dem Ehepaar Poon Gerechtigkeit](#) widerfahren zu lassen, wie Regierungschefin Carrie Lam wiederholt angab. Die Tochter des Ehepaars, Poon Hsiu-wing, war von ihrem damals 19-jährigen Freund Chan Tongkai am Valentinstag 2018 in Taiwan ermordet worden. Nach [Medienberichten](#) gestand Chan, ein Hongkonger Bürger, gegenüber der Hongkonger Polizei, dass er die schwangere Poon in Taipei umgebracht habe, bevor er nach Hongkong zurückgekommen war. Aber Chan konnte ohne ein entsprechendes Rechtsabkommen nicht nach Taiwan ausgeliefert werden. Das Gesetz, so Lam, sei daher wichtig, um die Lücken in der geltenden Gesetzgebung zu schließen. Der Vorschlag wurde vom pro-Pekinger Lager unterstützt, das eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes forderte.

Der erste Widerstand gegen das Auslieferungsgesetz formierte sich am [31. März](#) und stützte sich auf nur 12.000 Teilnehmende. Lam bestand darauf, das Gesetz nicht zurückzunehmen und für den 3. April in den Legislativrat einzubringen. Diejenigen, die das Gesetz ablehnten, sagten voraus, dass es den Schutzwall zwischen den Rechtssystemen der Sonderverwaltungszone und Festland Chinas durchbrechen werde, indem es die Hongkonger Bürger den festländischen Gerichten ausliefere. Diesen werden gemeinhin ein unfaires Vorgehen ebenso wie das Fehlen unabhängiger Verfahren, willkürliche Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die [Amerikanische Handelskammer](#) äußerte die Befürchtung, dass die vorgeschlagenen Gesetzesinhalte „die Anziehungskraft Hongkongs für internationale Firmen reduzieren werden, wenn diese über die Stadt als Stützpunkt für ihr regionales Geschäft nachdenken.“

Auseinandersetzungen über das umstrittene Gesetz setzten sich im April und Mai fort, und sie entwickelten eine Eigendynamik. Auf der

Kundgebung am 28. April gingen 130.000 Menschen auf die Straße – eine mehr als zehnfache Erhöhung gegenüber der vorherigen Demonstration und damit die größte Menschenmenge seit den Protesten vom 1. März 2014. Im Legislativrat, in dem politische Debatten stattfinden sollten, brachen zwischen pro-demokratischen Kräften und ihren Gegnern Handgemenge aus. Weitere Berufsverbände wie die Hongkonger Anwaltskammer, internationale Organisationen und Staaten wie die Europäische Union, Kanada und Großbritannien äußerten sich zu dem umstrittenen Gesetz. Mehr als 167.000 Studierende und andere Bürger*innen machten eine Eingabe gegen das Gesetz. Sogar Taiwan merkte an, dass es keine Ausweisungsmaßnahmen ergreifen werde, falls das Gesetz aus politischen Gründen doch noch verabschiedet würde. Gleichermaßen kritisch äußerte sich auch die konservative Geschäftswelt der Stadt. Einen vergleichbaren überwältigenden Widerstand gegen ein einzelnes Gesetz gab es zuletzt 2003 gegen das Anti-Subversionsgesetz nach Artikel 23 des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*).

Gemäß den Anmerkungen der Hongkonger Anwaltskammer vom 6. Juni, dem Tag, an dem 3.000 Jurist*innen gegen den Vorschlag der Regierung protestierten, sollte das Gesetz zwei Bestimmungen abändern. Zum einen die „Bestimmung über flüchtige Straftäter (Cap. 503)“: „Das Gesetz eliminiert die geographischen Begrenzungen der Bestimmungen, sodass Auslieferungen an andere Teile Chinas, namentlich Macao, Taiwan und Festland China möglich werden, nach einmaligen, Fall-basierten oder ad hoc-Übereinkünften sowie [zusätzlich noch Auslieferungen] an andere Orte, wo es gegenwärtig keine gegenseitigen Auslieferungsübereinkommen gibt.“ Zum anderen die „Bestimmungen zur Rechtshilfe in Strafsachen (Cap. 525)“. Der Vorschlag war, den Hongkonger Behörden zu erlauben, andere Teile der Volksrepublik China in Strafsachen zu unterstützen, u.a. bei der Beweiserhebung sowie dem Einfrieren und der Beschlagnahmung von Guthaben gesuchter Personen.

Die Annahme des Vorschlags würde bedeuten, dass „zum ersten Mal seit 90 Jahren Menschen, die in Hongkong leben, aus Hongkong entfernt werden können, um auf dem Festland vor Gericht gestellt zu werden oder dort eine Freiheitsstrafe zu verbüßen. Der einschneidende Charakter der vorgeschlagenen Änderungen hat selbstverständlich mehr Ängste geweckt“, sagte die Anwaltskammer. Der Leitartikler der *South China Morning Post*, Wang Xiangwei, wies

in seiner Kolumne *China Briefing* am 13. Juli darauf hin: „Die dahinter stehende Sorge ist sehr einfach nachzuvollziehen: dass jemand, der mit den chinesischen Autoritäten in Konflikt gerät, Gefahr läuft, im schwarzen Loch des chinesischen Rechtssystems zu verschwinden, ohne einen fairen Prozess oder Rechtsschutz zu erhalten.“ Aber Wang lag nur halb richtig. Die Wahrheit war, dass die meisten Menschen Angst hatten, dass Peking das Gesetz missbrauchen würde, um die politische Verfolgung Einzelner zu erleichtern und Gegner zum Schweigen zu bringen.

Anstelle eines Rückzugs des Gesetzes antwortete die Regierung auf den lokalen und internationalen Sturm der Entrüstung mit Zugeständnissen, die zu weiteren Demonstrationen am 9. Juli führten. Trotz der Teilnehmendenzahlen auf Rekordhöhe entschied sich Lam, die zweite und möglicherweise dritte Lesung des Gesetzes am 12. Juni voranzutreiben. Mehrere zehntausend überwiegend junge Menschen besetzten daraufhin das Regierungsgebäude und den Legislativrat in dem Versuch, die Lesung am 12. Juni zu verhindern. Die Polizei erklärte anschließend die Proteste zu „Ausschreitungen/Aufbruch“ und schoss 150 Tränengaspatronen und Gummigeschosse auf die mehrheitlich unbewaffneten Demonstrant*innen, woraus unzählige Verletzungen resultierten, darunter die einer Lehrerin, die von einem Geschoss ins Auge getroffen wurde.

Ab diesem Punkt gab es kein Zurück mehr.

Eine kurze Geschichte Hongkongs: Warum die Stadt anders ist als der Rest Chinas

Um die Wut der Hongkonger zu verstehen, muss man Hongkongs einzigartige Geschichte kennen.

Für mehr als ein Jahrhundert war Hongkong vom Festland getrennt. China wurde von 1644 bis 1911 von der mandschurischen Qing-Dynastie regiert. Als die Qing-Regierung den ersten Opium-Krieg gegen die britischen Truppen verlor, wurde *Hongkong Island* 1842 durch den Vertrag von Nanjing an Großbritannien abgetreten. Die erneute Niederlage im zweiten Opium-Krieg (1856 – 1860) führte zur Abtretung der Halbinsel Kowloon. Das restliche Hongkong, auch „*New Territories*“ genannt, wurde 1898 für 99 Jahre an Großbritannien verpachtet.



Hongkong befand sich damit aber zur rechten Zeit am rechten Ort. Die Trennung bedeutete, dass Hongkong von den politischen Wirren, die das Festland in den Folgejahren durchlebte, unberührt blieb: unberührt vom Niedergang der Qing-Dynastie aufgrund der von Dr. Sun Yatsen angeführten Revolution im Jahre 1911; vom Bürgerkrieg, der nach der von der kommunistischen Partei veranlassten Vertreibung der Kuomintang nach Taiwan 1949 zur Gründung der Volksrepublik China führte; und ebenso unberührt von den Wirren der Kulturrevolution (1966–1976). Nach den linken Unruhen von 1967 begann die Stadt aufzublühen. Sie wurde in den 1970er Jahren zu einem Zentrum der verarbeitenden Industrie und entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einem Finanzdrehkreuz. Politik war dabei stets von geringer Bedeutung für die Bewohner*innen. Die Bürger*innen der Stadt sind seit langem darauf trainiert, als apolitische Wesen vom ökonomischen Wohlergehen unter der britischen Herrschaft zu profitieren. Die Briten installierten eine unabhängige Justiz nach dem Zivilrechtssystem und garantierten persönliche Freiheiten, die Äußerungen von Ärger und Frustration in der Öffentlichkeit ermöglichten. Gründe für letztere gab es durchaus eine ganze Menge, wie zuvorderst die koloniale Ungleichheit und

die riesigen sozio-ökonomischen Unterschiede. Die Trennung vom Festland bedeutete, dass eine andere Kultur fortlebte und sich gleichzeitig neu entwickelte. Die Verwendung traditioneller Zeichen und des Kantonesischen bleiben bis heute erhalten, im Gegensatz zum Festland, wo vereinfachte Zeichen und Hochchinesisch (Mandarin) der Standard sind.

Als Großbritannien die Souveränität über Hongkong am 1. Juli 1997 an das von der Kommunistischen Partei regierte Festland abgab, wurde die Übergabe entlang der Vorgabe „Ein Land, zwei Systeme“ gestaltet. Diese Vorgabe wurde bereits 1984 in einer gemeinsamen sino-britischen Erklärung festgehalten, einem von beiden Regierungen unterzeichneten internationalen Vertrag. Innerhalb dieses Rahmens und gemäß der Vorgabe einer Festschreibung des Status quo für 50 Jahre soll Hongkong seine Freiheiten, sein Rechtssystem und die kapitalistische Ausrichtung der Wirtschaft bis 2047 beibehalten. Hongkong wurde ebenfalls Demokratie zugesagt, einschließlich des allgemeinen Wahlrechts nach dem Grundgesetz (*Basic Law*), einem kurz gefassten, aber verfassungsähnlichen Dokument.

*Polizeigewalt wird öffentlich verurteilt
(Foto: Vivienne Chow)*



Hongkong (Karte:
Rainer Lesniewski)

22 Jahre große Veränderungen anstelle von 50 Jahren Kontinuität

Der bereits verstorbene, langjährige de facto Staatschef Deng Xiaoping versprach den Hongkonger*innen, dass nach 1997 „die Pferderennen und Tanzabende weitergehen werden“. Dies stand als Metapher dafür, dass der lokale Lebensstil gemäß dem Versprechen von 50 Jahren Kontinuität erhalten bleiben sollte. Zudem brachte die Formulierung aber auch sehr gut zum Ausdruck, was Hongkong in den Augen des Festlands ausmachte. Entgegen dem, was diese Versprechen erwarten ließen, haben die Hongkonger Bürger*innen nach nunmehr der Hälfte der 50-Jahresfrist das Gefühl, dass sich viele Dinge geändert haben. Und dies insbesondere in den sieben Jahren nach den letzten Wahlen von 2012, als der letzte Regierungschef Leung Chun-ying mit nur 689 Stimmen des 1.200 Personen starken Wahlkomitees gewählt wurde.

Die heute zu Tage tretende Wut und Frustration lassen sich auf verschiedene Ereignisse in den letzten sieben Jahren zurückführen, sie werden als Zeichen dafür gesehen, dass die bürgerlichen Rechte, Freiheiten und die Autonomie der Stadt erodieren. Im Jahr 2012 richteten sich z.B. Kundgebungen gegen ein von nationalen Erzie-

hungsinhalten geprägtes Curriculum zur Einführung von Unterrichtsstunden, die mit ihrem auf das Festland ausgerichteten patriotischen Ansatz als Gehirnwäsche für junge Menschen empfunden wurden. Ähnlich die Demonstrationen für den TV-Sender Hong Kong Television Networks (HKTV), dem 2013 eine Lizenz als frei empfangbarer Sender verweigert wurde, während zeitgleich das schlecht gemanagte, aber Peking-freundliche Asia Television weiter senden durfte (wobei dieser Sender 2016 den Betrieb einstellte). Schließlich vollzog der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am 31. August 2014 einen weiteren einschneidenden Schritt für die politischen Reformen in der Stadt, als er darauf bestand, nur von Peking bestimmte Personen zum Wahlkampf für den Posten des Regierungschefs zuzulassen.

„Nachdem die Hongkonger viele Jahre lang belogen wurden, kam heute die Wahrheit ans Licht,“ äußerte sich Alan Leong, ein pro-demokratischer Angehöriger des Legislativrats, gegenüber der New York Times 2014. „Die Hongkonger*innen liegen richtig, wenn sie sich betrogen fühlen. Es steht nun fest, dass tatsächlich die Zentralregierung den Hongkonger Regierungschef ernennen wird.“

Dies schaffte den Rahmen für die Regenschirmbewegung, die am 28. September 2014 initiiert

wurde, als die Polizei zum ersten Mal seit der Übergabe von 1997 mit Tränengas auf Demonstrant*innen schoss. Die 79 Tage andauernden Proteste, während derer die Stadtviertel Admiralty, Causeway Bay und Mongkok besetzt wurden, wurden am Ende aufgelöst. Politische Vertreter*innen Hongkongs lehnten die politischen Reformen und Pekings Restriktionen zwar pro forma öffentlich ab, verhandelten aber auch nicht über neue Bedingungen. Die Ablehnung war eine machtlose Geste.

Wie erwähnt, begann für die soziale Bewegung in Hongkong nach dem Scheitern der Regenschirmbewegung eine schwierige Phase. Zu dieser Zeit ereigneten sich nacheinander eine Reihe von Zwischenfällen, die den wahren Geist des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ und das tatsächliche Ausmaß des „hohen Grads an Autonomie“, das im Grundgesetz (*Basic Law*) garantiert wird, deutlich machten. Zunächst verschwanden aus Thailand, aus Hongkong und vom Festland nach einem Bericht der *South China Morning Post* 2015 fünf Buchhändler, Teilhaber der Verlage *Causeway Bay Books* und *Mighty Currents Publishing House*. Der Zwischenfall führte zu Spekulationen darüber, ob die Buchhändler aufgrund der Herausgabe und des Verkaufs vermeintlich reißerischer Bücher über chinesische Regierungsangehörige von Agent*innen entführt worden seien.

Dann begann die Regierung, junge Politiker*innen zu diskriminieren, sobald sie im Verdacht standen, Hongkongs Unabhängigkeit zu unterstützen. Der erste, der von den Wahlen zum Legislativrat ausgeschlossen wurde, war 2016 Edward Leung, Angehöriger der lokalpatriotischen politischen Gruppe „*Hong Kong Indigenous*“. Leung trat 2015 in einer Nachwahl an und wurde trotz seiner Niederlage ein prominenter junger Politiker, nachdem er mit seiner lokalpatriotischen Ausrichtung 60.000 Stimmen für sich gewinnen konnte. Leung wurde später inhaftiert, weil er an der „Fischbällchenrevolution“ beteiligt war. Damit startete die Ausgrenzung junger Politiker*innen und pro-demokratischer Mitglieder des Legislativrats: Nur 40 der 70 Sitze werden direkt gewählt. Der Rest der Sitze gehört einer durch ihre Funktion definierten Gruppe (Vertreter*innen der Hongkonger Business-Elite), die mehrheitlich vom Peking nahestehenden Lager kontrolliert wird. Eine derartige Struktur macht die öffentlich gewählten pro-demokratischen Vertreter*innen zu einer Minderheit im Rat, womit die Stimme der Bürger*innen nicht angemessen repräsentiert wird.

Carrie Lam erwies sich schon vor der Übernahme des Spitzenamtes als noch schonungsloser und loyaler gegenüber Peking als ihr Vorgänger Leung Chun-ying. Während ihrer Zeit als Generalsekretärin der Verwaltung (*Chief Secretary for Administration*) und Vorsitzende des öffentlich finanzierten, Milliarden Dollar teuren Kunst- und Kulturzentrums West-Kowloon, ging sie mit Peking ohne öffentliche Konsultationen einen Deal zur Eröffnung eines Ablegers des Pekinger Palastmuseums in Hongkong ein. Im Januar 2017 schrieb ich in der *South China Morning Post*: „Aber Lam, die wahrscheinlich bereits das Amt der Regierungschefin anstrebt, hat durch ihre Loyalität gegenüber der Zentralregierung ihr politisches Kapital erhöht, während sie das Hongkonger System und das Vertrauen der Bevölkerung geopfert hat (...). Bedeutet dies, dass Hongkonger Bürger*innen, sollte Lam die nächste Regierungschefin der Stadt werden, über lokale Angelegenheiten [wie die Ansiedlung des Palastmuseums im o.g. Kulturzentrum, Anm. d. Übersetzung] nicht informiert werden, wenn sie auch Peking betreffen?“

In der Tat gelangen Lam Dinge, die keiner ihrer Vorgänger geschafft hätte: Sie ermöglichte 2017 die Einrichtung eines gemeinsamen Checkpoints an der Endhaltestelle der Express-Bahnlinie in West Kowloon (im gleichen Viertel wie das Kunst- und Kulturzentrum West-Kowloon), wodurch die Anwendung festländischen Rechts auf Hongkonger Boden ermöglicht wurde. Daraus erwuchsen Diskussionen, ob derlei Vorgehen gegen die Verfassung verstoße. Im Oktober 2018 wies die Stadtregierung erstmals seit der Herrschaftsübernahme 1997 einen ausländischen Journalisten aus, indem sie sich weigerte, das Arbeitsvisum von Victor Mallet, *Asia News*-Redakteur der *Financial Times*, zu verlängern. Dem vorausgegangen war eine Talkrunde Victor Mallets mit Andy Chan im *Foreign Correspondents Club* im August des gleichen Jahres. Andy Chan ist Gründer und Vorsitzender der *Hong Kong National Party*, die für die Unabhängigkeit der Stadt kämpft. Er erklärte in der Runde China zu einer „Gefahr für alle freien Menschen weltweit“ und bestand darauf, dass nur die Separation eine Lösung für Hongkong darstelle – eine Aussage, die unweigerlich den Nerv der Pekinger Zentralregierung traf. Seine Partei wurde noch im September 2018 von der Hongkonger Regierung verboten.

2019 folgte dann das Auslieferungsgesetz, das Lam mehrfach als ihr geistiges Kind bezeichnete und für das sie sich alleine verantwortlich sieht.

„Fließe wie das Wasser, Hongkong“ – die Geburt einer Zivilgesellschaft neuen Charakters

Da die Proteste anhalten, während dieser Artikel entsteht, erscheint es angebracht, anstelle einer Analyse einzelner Ereignisse eher einen Überblick darüber zu verfassen, auf welche Weise die Menschen in Hongkong sich unter Wahrnehmung ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit äußern und an der Bewegung teilhaben.

Seit mehr als fünf Monaten halten die Demonstrant*innen trotz der Ankündigung der Aussetzung des Auslieferungsgesetzes am 15. Juni und später dann der Ankündigung des Rückzugs des Gesetzes Anfang September an den „Fünf Forderungen, nicht eine weniger“ fest. Diese fünf Forderungen sind:

- Die vollständige Rücknahme des vorgeschlagenen Auslieferungsgesetzes
- Der Verzicht der Regierung auf die Nutzung des Wortes „Aufruhr“ für die Proteste
- Die bedingungslose Freilassung der inhaftierten Protestierenden und die Unterbindung von Strafverfolgung für Teilnehmer der Bewegung
- Eine unabhängige Untersuchung der Vorgehensweise der Polizei
- Die Einführung eines echten allgemeinen Wahlrechts

Bei den Protesten im Jahr 2019 wurden aufgestauter Ärger und Frustration freigesetzt. Unter Nutzung der aus der gescheiterten Regenschirmbewegung gewonnenen Erkenntnisse und basierend auf einer Analyse der schockierenden und gewaltsamen Seiten der „Fischbällchenrevolution“ verfolgt die gegen das Auslieferungsgesetz gerichtete pro-demokratische Bewegung jetzt eine Strategie mit Elementen beider Vorgänger, die gleichzeitig über die bisherigen Strategien hinausgeht.

1 Fließe wie Wasser 流动若水

Die Philosophie, sich „wie fließendes Wasser“ zu verhalten, geht auf ein berühmtes Zitat des Hongkonger Kung-Fu-Helden Bruce Lee zurück und prägt jetzt das Vorgehen der Bewegung. Nachdem die Niederlage der Regenschirmbewegung internalisiert war, okkupieren die Protestierenden dieses Mal nicht für längere Zeit einzelne Orte. Sie kom-

men und gehen, fließen gleichermaßen „wie Wasser“ von einem Ort zum anderen. In der Vergangenheit fanden die Demonstrationen normalerweise an einigen wenigen Orten im Stadtzentrum statt, während sie sich dieses Mal über die Stadt ergießen, vom Zentrum bis in entfernte Gegenden und Satellitenstädte in den *New Territories*. Diese Guerilla-Strategie passt sich auch den konkreten Umständen an, wie z.B. dem plötzlichen Einsatz der Bereitschaftspolizei.

Die Proteste sind nicht auf einen physischen Raum begrenzt. Sie finden auch im Cyberspace statt, um die internationale Gemeinschaft zu erreichen, was unten noch genauer beschrieben wird. Die Philosophie, sich „wie Wasser“ zu verhalten, ebnet jedenfalls den Weg für einen lange andauernden Kampf, den die Hongkonger Bürger*innen bereit sind, auf sich zu nehmen.

2 Wir erklimmen den Berg zusammen, aber jeder von uns leistet seinen eigenen Beitrag 兄弟爬山·各自努力

Die Bewegung ist geprägt davon, dass es keine zentrale Führung gibt. Anders als bei der Regenschirmbewegung oder bei anderen sozialen Bewegungen in der Vergangenheit kann 2019 innerhalb der Bewegung niemand die Führung für sich beanspruchen. Obwohl am Beginn pro-demokratische Politiker*innen der öffentlichen Besorgnis über das Gesetz Ausdruck verliehen, zeichnete sich die darauf im Juni einsetzende soziale Bewegung zum großen Teil dadurch aus, dass sie über das Online-Diskussionsforum LIHKG organisiert und aus gemeinschaftlichen Ressourcen getragen wird. Das Diskussionsforum, auf dem Menschen anonym Posts und Kommentare hinterlassen können, soll insbesondere bei jungen Menschen sehr beliebt sein, da es ausschließlich solchen Personen eine Registrierung als Mitglied ermöglicht, die eine universitäre E-Mail-Adresse oder eine an einen Internet-Service-Provider gebundene Mailadresse besitzen. LIHKG wurde zu einer Art virtuellem Hauptquartier der Bewegung, da dort wie in einer direkten Demokratie Strategien vorgeschlagen, diskutiert und debattiert werden.

Neben LIHKG ist die verschlüsselnde Messaging-App Telegram eine weitere, breit genutzte Plattform. Die Nutzer*innen können anonym verschiedene Kanäle (*channels*) und

Gruppen nutzen, um in Echtzeit und unmittelbar an Diskussionen teilzunehmen und an der Verbreitung von Informationen mitzuwirken, die nicht von den Mainstream-Medien geliefert werden. Dazu zählen Informationen über Polizeieinsätze, Ausrüstungsbedarf für die Kundgebungen sowie die Organisation von freiwilligen „Schulbus-Fahrern“, die junge Teilnehmer*innen nach Hause fahren, wenn es keinen öffentlichen Nahverkehr gibt. Werbematerialien und Informationen zu den Protesten werden auch über Bluetooth-Verbindungen geteilt.

Das Ergebnis ist, dass die einzelnen Proteste und Events in einer lebendigen, „fließenden“ Form organisiert werden. Da es niemanden gibt, der anderen Anweisungen erteilt, baut das Vorgehen auf Eigeninitiative. Viele der an vorderster Front mitwirkenden Demonstranten sind junge Erwachsene in den 20er oder 30ern, einige sogar Teenager und damit zu jung, um schon an der Regenschirmbewegung beteiligt gewesen sein zu können. Der Protest wird also von Personen angeführt, die in den späten 1990ern oder als Millennials geboren wurden und sehr Technik-affin sind.

Dies passt sehr gut zu der Philosophie, sich „wie Wasser“ zu verhalten. Die Online-Diskussionen und Debatten ermöglichen es den Teilnehmenden, sehr viel schneller zu handeln und zu entscheiden, sodass Strategien von größerer Fluidität entstehen, die es jeder Person ermöglichen, in der ihr eigenen Weise das gemeinsame Ziel zu erreichen.

3 Keine Vereinzelung, kein Verrat, keine Schuldzuweisungen

Dies ist einer der meistverbreiteten Wahlsprüche der Bewegung. Ursprünglich aus einem LIHKG-Forum stammend, repräsentiert er zugleich die größte Lektion aus dem Scheitern der Regenschirmbewegung und der „Fischbällchenrevolution“. Er macht es möglich, dass die Proteste 2019, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels, schon seit 16 Wochen andauern.

Die Protestierenden in Hongkong lassen sich allgemein in zwei Gruppen einteilen: 和理非 (Kantonesisch: *wo lei fei*, zusammengesetzt aus 和平 „friedlich“, 理性 „rational“ und 非暴力 „gewaltlos“) und 勇武 (Kantonesisch: *yung mo*, tapfer und kämpferisch). *Wo lei fei* ist Teil

des Mainstreams der Hongkonger Zivilgesellschaft und trat z.B. bei der Regenschirmbewegung in Erscheinung. *Yung mo* wurde als Minderheitenansatz und als radikal eingestuft („Fischbällchenrevolution“). Lange Zeit arbeiteten die Angehörigen dieser beiden unterschiedlichen Ideologien nicht zusammen und schoben einander sogar Schuld zu. Mit der wachsenden Polizeigewalt (wie aus Berichten der *New York Times* und von *Amnesty International* hervorgeht) hat sich Schritt für Schritt ein stärkerer Konsens entwickelt, der die beiden Gruppen in Solidarität miteinander agieren lässt.

Bei einer Online-Umfrage wurden 6.688 Protestierende zwischen 20 und 30 Jahren interviewt, die mehrheitlich einen universitären Hintergrund hatten. Während der Aussage, dass eine „maximale Wirkung nur erreicht werden (kann), wenn friedliche Versammlung und konfrontative Aktionen zusammen eingesetzt werden“ im Juni noch 71% zustimmten oder stark zustimmten, war dieser Anteil im August bereits auf 89%² gestiegen. Der Prozentsatz derjenigen, die zustimmten oder stark zustimmen, dass „der Einsatz von Gewalt durch Protestierende verständlich ist, wenn die Regierung nicht zuhört“, stieg signifikant von 69,1% am 16. Juni auf 83,5% am 1. Juli.³ Die Untersuchungsergebnisse nach den folgenden Demonstrationen am 21. Juli, 27. Juli und 4. August wiesen aus, dass der Prozentsatz der Befragten, der diese Aussage befürwortete, auf über 90% anstieg. „Die Untersuchungsergebnisse liefern auch Beweise für die starke Solidarität unter den Protestierenden“, schloss der entsprechende Bericht.

4 Ein einfallreiches und kreatives Hongkong

Als Ende Juni der G20-Gipfel stattfand, wurden in verschiedenen internationalen Zeitungen Anzeigen auf den ersten Seiten geschaltet. Sie riefen die internationale Gemeinschaft dazu auf, Druck auf die in Osaka anwesenden Staatsführer*innen auszuüben, in der Hongkong-Krise aktiv zu werden. Die Anzeigen, die in vielen Sprachen formuliert wurden, wurden von einer Gruppe anonymer Netizens entworfen. Möglich wurde die Kampagne durch ein unerwartet erfolgreiches Crowdfunding und Crowdsourcing, durch welches mehr als 5 Millionen HK\$ (576.385€) eingenommen wurden. Tatsäch-

lich erreichten die Organisator*innen ihr selbstgesetztes Ziel von 3 Millionen HK\$ (345.831€) mit Hilfe von mehr als 20.000 Spender*innen schon wenige Stunden nach Beginn der Kampagne.

Wie schon oben erwähnt, fanden sich unter diesen Initiativen zum Beispiel solche zur Gestaltung von Werbematerial für die Proteste. Daneben gab es aber auch Aktivitäten wie die Schaffung von Kunstwerken und Illustrationen, Crowdfunding und Crowdsourcing für ÖPNV-Tickets, Sammlungen für Essensgutscheine für junge Protestierende an vorderster Front, für Ausstattung wie z.B. Gasmasken, Schutzbrillen für die Augen und Schutzhelme, bis hin zu einem live-Stadtplan, der die Öffentlichkeit mit relevanten Neuigkeiten zu den Protesten und zu aktuellen Geschehnissen versorgt.

Was Kreativität anbelangt, spielen Kunst und Kultur während der Proteste eine bedeutende Rolle. Während der letzten Monate gab es eine Flut von künstlerischen, visuell zugänglichen Schöpfungen – politische Kunst, Protestkunst, politische Karikaturen und Illustrationen sowie das Aufblühen der sog. Lennon Walls, Wände, an die die Bürger*innen farbige Post-its mit ihren Botschaften pinnen, ferner qualitativ hochwertige Videos, Kurzfilme sowie Musik. Ein großer Teil dieser Straßenkunst wird von Amateur*innen und nicht von professionellen Künstler*innen hergestellt.

Auf dem Youtube-Kanal „We HK No China Extradition“ wurden hochwertige Kurzfilme in verschiedenen Sprachen hochgeladen, die die politische Krise der Stadt erläutern und Gründe anführen, warum die Hongkonger Bürger*innen die Proteste nicht aufgeben. Eines der am häufigsten geteilten Lieder war „Fat Mama has Something to Say“ (肥媽有話兒). Ein/e anonyme/r Musiker*in/Toningenieur*in nutzte die Worte der Hongkonger Sängerin Maria Cordero, die diese auf einer Versammlung zur Unterstützung der Polizei geäußert hatte und verdrehte damit den Soundtrack zu einer Parodie. Corderos Worte, die die Haltung der Polizei stärken sollten, wurden so zur Geißelung der Polizeigewalt eingesetzt.

Aber das wahrscheinlich stärkste Lied, das aus einer crowdsourcing-Kampagne hervorging, ist „Glory to Hong Kong“. Der Song wurde von einem anonymen Komponisten verfasst,



Sticker zur Kommunikation unter Demonstrant*innen (Screenshot: Vivienne Chow)

der sich selbst Thomas nennt. Der Text und die Demo-Vokalpartien wurden durch das LIHKG-Forum gemeinschaftlich erstellt. Das Lied, in der Originalversion auf Kantonesisch, ist von Freiwilligen in viele Sprachen übersetzt worden. Die Ausdruckstärke des Songs liegt darin, wie er die Erfahrungen, Emotionen, Hoffnungen und Ängste, die Hongkong in den letzten Monaten durchlebt hat, zusammenfasst. Das Ergebnis ist eine bewegende Hymne, die Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt. Der Song symbolisiert auch die Geburt einer erneuerten Hongkonger Identität. Sie unterscheidet sich von derjenigen aus Kolonialzeiten und grenzt sich zugleich von einer sogenannten „Chinesischen Identität“ ab, die der Stadt aufgezwungen werden soll.

Fazit

Hongkong durchlebt eine schmerzhaft Zeit. Die Stadt war noch nie aus politischen Gründen so uneins: Freundschaften und familiäre Beziehungen sind aufgrund unterschiedlicher politischer Ansichten kaputt gegangen. Gewalt wurde zur Normalität. Die Polizei würdigt Demonstrant*innen herab, indem sie sie „Kakerlaken“ nennt und verhaftet Zivilist*innen, die nur unbeteiligte Zuschauer*innen sind. Dafür lässt sie Schläger laufen, die Protestierende und Journalist*innen angreifen. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Aber je schmerzvoller die Situation wird, desto klarer sehen die Hongkonger*innen ihre Lage. Sie möchten eine Gesellschaft, die gerecht, frei und demokratisch ist. Sie haben genug davon, gesagt zu bekommen, welche Anordnungen sie befolgen und wem sie gehorchen sollen. Sie sind der britischen Kolonialherrschaft entwachsen und nach 22 Jahren auch der aktuellen Herrschaft überdrüssig, die die Freiheit und Demokratie, die ihnen versprochen wurden, nach und nach eingeschränkt hat. Nach mehr als einem Jahrhundert der Kolonialisierung erkennt die Stadt, was sie wirklich ausmacht.

Das Ausweisungsgesetz mag abgesetzt worden sein, aber es war für die Bevölkerung Hongkongs ein Weckruf, dass dies die letzte Chance sein könnte, für die Rechte zu kämpfen, die die Bürger*innen verdienen. Entstanden ist so ein noch fortdauernder Kampf, der sowohl ökonomisch teuer werden als auch Menschenleben kosten könnte. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass der Konflikt bald beendet sein wird. Aber dies ist ein Kampf, den die Menschen gerne austragen, in der Hoffnung, dass Hongkong sich am Ende wieder erheben wird, wie Phönix aus der Asche.

.....

Endnoten

1 Hongkonger Bürger*innen wählen die Person des Regierungschefs (chief executive), allerdings dürfen die zur Wahl stehenden Kandidat*innen nur von einem Nominierungskomitee festgelegt werden. Das Nominierungskomitee ist dem alten Wahlkomitee nachempfunden. Daraus ergibt sich, dass die Kandidat*innenauswahl ausschließlich in den Händen von Menschen liegt, die Peking zugeneigt sind. Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Nominierungskomitees jeden einzelnen Kandidaten bestätigen muss. Pan-demokratische Kandidat*innen die Peking können de facto nicht nominiert werden.

- 2 Veröffentlicht vom Centre for Communication and Public Opinion Survey at The Chinese University of Hong Kong, August 2019.
- 3 Der 1. Juli war der Tag, an dem die Protestierenden das Gebäude des Legislativrats stürmten und Teile davon verwüsteten, u.a. durch das Besprühen des HK-SAR-Emblems mit schwarzer Farbe. Sie hissten die alte koloniale Flagge der Stadt.

Die Autorin

Vivienne Chow ist eine preisgekrönte Journalistin und Aktivistin. Nachdem sie 15 Jahre lang für die South China Morning Post tätig war. Heute setzt sie sich als Freelancerin kritisch mit Kunst, Kultur und Politikkultur auseinander. Sie schreibt für zahlreiche Nachrichtenmedien darunter BBC, Variety, Quartz, The New York Times u.a.. 2014 gründete sie *Cultural Journalism Campus*, eine Nonprofit Organisation die Jugendlichen und Kindern hilft durch Journalismus Zugang zu Kunst und Kultur zu erarbeiten. Die Autorin ist zudem die erste Hongkongerin die 2018 den International Journalism Programme Premium Fellowship Award in Deutschland erhielt.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P. :

China Programm
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-12
china-programm@asienhaus.de
www.asienhaus.de/china

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Stiftung
Asienhaus